



März 2017

Baugebiet Calwer Straße: So schnell wird aus wenig viel

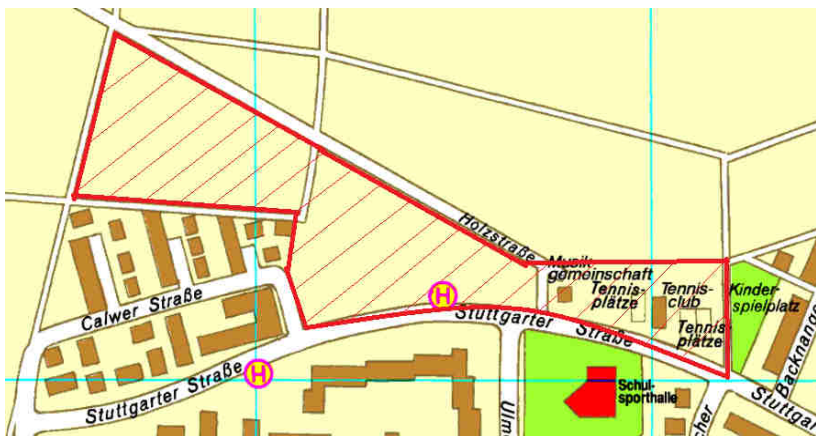
Derzeit arbeitet das Tammer Rathaus an etlichen neuen Baugebieten: Seit längerem bereits an den Wohngebieten Kernäcker II + III sowie gemeinsam mit Bietigheim-Bissingen an der Ausweisung eines Gewerbegebietes zwischen Bissingen und Tamm. Hinzukommt das geplante Baugebiet Hohenstange-West / Nördlich der Alleenstraße sowie ein weiteres Baugebiet an der Calwer Straße.

War an der Calwer Straße zunächst nur eine problemlose Arrondierung im Bereich zwischen MG Harmonie und dem Arzthaus vorgesehen, so wurde dieses Baugebiet im Laufe der Zeit durch die Verwaltung gegenüber der ursprünglich angedachten Größe fast verdoppelt. Einbezogen wurden nun auch die Flächen von MG Harmonie und TC Rot-Gold, was solange unproblematisch ist, wie die heutige Nutzung durch diese Vereine dort beibehalten werden kann.

Einbezogen wurden aber auch Flächen nördlich der seitherigen Bebauung Calwer Straße bis zum Holzweg. Dies lehnen wir aus mehreren Gründen ab: Der Holzweg ist für die Bewohner auf der Hohenstange eine der wichtigsten und wenigen Naherho-

lungsmöglichkeiten. Wird nun die Bebauung bis an den Holzweg herangerückt, werden die ohnehin nicht üppigen Naherholungsmöglichkeiten weiter eingeschränkt bzw. beeinträchtigt. Darüber hinaus entsteht so anstatt einer Arrondierung der Bebauung ein neuer Bebauungszipfel, der in die freie Landschaft ragt. Die Gefahr ist sehr groß, dass in einigen Jahren erneut die Idee der Arrondierung als Grund zur Ausweitung der Bebauung angeführt wird.

In Kombination mit dem vorgesehenen Wohnbauschwerpunkt Hohenstange-West / Nördlich Alleenstraße haben wir es insgesamt um eine Flächenversiegelung in erheblichem Ausmaß zu tun. Dabei sind neben der Beeinträchtigung der ohnehin knappen Naherholungsmöglichkeiten insbesondere die Themen Verkehr sowie weitere erforderliche Einrichtungen zur Kinderbetreuung bisher völlig ungelöst.



Thomas Utz

Ihr Bundestagskandidat

Sehr geehrte Tammerinnen und Tammer,

Sie, die Bürgerinnen und Bürger verdienen eine mutige, eine leidenschaftliche und eine in die Zukunft gerichtete Stimme in Berlin, diese Stimme möchte ab September diesen Jahres ich für Sie sein.

Mein Name ist Thomas Utz, ich bin 27 Jahre alt und arbeite als Berater für Unternehmensfinanzierungen bei einer Bank in Stuttgart. Dort kümmere ich mich insbesondere um mittelständische Unternehmen in Süddeutschland und berate diese bei allen Fragen der Kreditfinanzierung.

Ich habe in Steinheim a.d. Murr die Mittlere Reife abgelegt und anschließend Abitur und Zivildienst in Stuttgart absolviert. Danach habe ich Betriebswirtschaftslehre in Stuttgart und Cardiff studiert und berufliche Erfahrung in Frankfurt und Amsterdam sammeln dürfen.

Politisch engagiere ich mich seit meinem 16 Lebensjahr ehrenamtlich und in unterschiedlichen Funktionen (u.a. als langjähriger stv. Kreisvorsitzender) bei der SPD im Landkreis Ludwigsburg.

Als Ihr Abgeordneter werde ich mich dafür stark machen, dass unser Sozialversicherungs- und Steuersystem künftig nicht mehr systematisch verhindert, dass auch normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben langfristig Vermögen aufzubauen. Dabei gilt es insbesondere die Mittelschicht finanziell zu entlasten.



Daneben liegt mir vor allem die Zukunftsfähigkeit unserer Industriegesellschaft am Herzen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass künftig noch deutlich mehr in die digitale Infrastruktur unseres Landes investiert wird, damit Unternehmen hier hervorragende Rahmenbedingungen finden, um die fairen und gerecht bezahlten Arbeitsplätze der Zukunft hier vor Ort zu schaffen.

Über die vielen weiteren Themen, die mich politisch bewegen und Ihre persönlichen Ideen für die Zukunft unserer Heimat und den politischen Wechsel im September komme ich gerne mit Ihnen bei meinen anstehenden Besuchen in Tamm ins Gespräch.

Besuchen Sie mich doch online: www.unserUTZ.de, bei Facebook oder Twitter oder schreiben Sie mir eine E-Mail: thomas@unserUTZ.de - ich freue mich auf Sie.

Flüchtlinge in Tamm

Wo vor einigen Wochen und Monaten noch die Erstunterbringung für Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und vielen anderen Nationen war, stehen nun Bagger und Häuserruinen.

Die ehemalige Erstunterbringung für Flüchtlinge in Tamm wurde abgerissen und die Flüchtlinge in anderen Kommunen und ein kleiner Teil in Tamm selbst untergebracht. Für viele Bewohner der Hölderlinstraße bedeutete dies ein weiteres Abschiednehmen und einen Neuanfang. Die gute Begleitung und Betreuung der Flüchtlinge durch Taff hat viele Beziehungen entstehen lassen, die sicherlich auch über Entfernungen hinweg bestehen bleiben werden. Dennoch bleibt etwas Wehmut. Sicherlich wäre es schöner und auch im Hinblick auf eine gelungene Integration sinnvoller gewesen, den Menschen, die bereits in Tamm untergebracht waren, auch hier eine Anschlussunterbringung zu ermöglichen. Kinder, die hier in Kigas, Schulen oder Sportvereinen integriert waren und wertvolle Beziehungen knüpfen konnten, müssen nun wieder das sichere und bekannte Umfeld verlassen.

Die erste große Herausforderung, diese Menschen vorläufig „irgendwie“ unterzubringen, scheint gelöst. Die vorgesehene Anschlussunterbringung in der Ludwigsburger Straße wird erst 2018 fertiggestellt werden. Eine schnellere Entscheidung und Umsetzung wäre hier sicher im Sinne einer gelungenen Integration wünschenswert gewesen. Ob sich gerade dieses Projekt dazu eignet, eine Grundsatzdiskussion zum Thema Baugrenzen zu führen, ist allerdings eine andere Frage.

Durch den Wegfall der Erstunterbringung hat Tamm vorerst aber von Seiten des Landkreises keine Konsequenzen zu befürchten, da Tamm bisher deutlich mehr Plätze für die Unterbringung zur Verfügung stellte als vorgegeben war. Manch einer wird nun vielleicht angesichts zurückgehender Flüchtlingszahlen denken, dass man sich mit der Anschlussunterbringung ruhig Zeit lassen könnte. Ab 2018 muss aber Tamm damit rechnen, dass der Gemeinde wieder Flüchtlinge zugewiesen werden. Eine Unterbringung in privaten Wohnungen wäre sicherlich der Idealfall; angesichts des knappen Wohnraumes aber nur schwer realisierbar. Also ist es wichtige Aufgabe der Gemeinde alles Notwendige zu tun, dass Integration gelingen kann!

Was verstehen wir unter Gerechtigkeit?

Seit der Antrittsrede von Martin Schulz als SPD-Kanzlerkandidat wird wieder vermehrt von Gerechtigkeit gesprochen. Gerechtigkeit – gibt es das überhaupt? Sicher gibt es eine absolute Gerechtigkeit nicht, Gerechtigkeit ist immer subjektiv und relativ.

Wenn die meisten Menschen das Gefühl haben, sie würden angemessen und leistungsgerecht behandelt und entlohnt und sie und ihre Kinder hätten ähnliche Chancen auf ein gutes Leben wie andere und ihre Kinder, dann hätten wir zumindest gefühlt eine gerechte Gesellschaft. Immer mehr Menschen haben allerdings das Ge-

fühl, es gehe immer ungerechter zu in unserer Gesellschaft. Dieses Gefühl gilt es ernst zu nehmen.

Rein sachlich unterscheiden wir Leistungsgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit. Zumindest für unser subjektives Gerechtigkeitsempfinden sind alle drei wichtig.

Leistungsgerechtigkeit bezieht sich auf erhaltene Belohnungen oder Vergütungen für erbrachte Leistungen. Leistet die EDEKA-Kassiererin wirklich nur die Hälfte eines Facharbeiters bei Mercedes-Benz und leis-

tet der VW-Vorstandsvorsitzende wirklich 200 mal so viel wie der Facharbeiter im selben Unternehmen? Wird es der Leistung gerecht, wenn ein Angestellter nach 13 Jahren Arbeit im Falle von Rationalisierungsmaßnahmen 40.000 Euro Abfindung erhält, ein VW-Vorstandsmitglied nach 13 Monaten Arbeit aber 12 Millionen? Jedem dürfte klar sein, dass dies mit Leistungsgerechtigkeit nichts zu tun hat. Bis in die 1980er-Jahre gab es deutsche Aktiengesellschaften, die sich freiwillig eine Begrenzung des höchsten Managergehaltes auf das 30-fache eines Facharbeiters auferlegt hatten. Im Turbo-Finanzkapitalismus gilt Bescheidenheit allerdings nichts mehr – wer nicht höchste Gier an den Tag legt, gilt als naiv und dumm und für einen Manager-Job als ungeeignet. Man muss sicher nicht ständig für jeden Sachverhalt neue Gesetze fordern – die Vergütung der Top-Manager sollte durch entsprechende gesetzliche Regelungen jedoch geregelt werden.

Verteilungsgerechtigkeit bezieht sich darauf, wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt ist. Wenn inzwischen die reichsten acht Menschen so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Menschheit wird offenkundig, dass dies höchst ungerecht ist. Dies ist jedoch nicht nur ein globales Problem, auch in Deutschland ist in den letzten 30 Jahren die Vermögensungleichheit immer größer geworden, in den letzten Jahren sogar stärker als in allen anderen Industrieländern. Wenn alle Menschen dennoch ein gutes Leben führen könnten, wäre die Vermögensungleichheit ‚nur‘ ein emotionales Problem – da aber leider sehr viele Menschen unter Armut leiden, ist dies auch ein hartes faktisches Problem. Erforderlich ist deshalb

ein ganzes Maßnahmenpaket wie höhere Mindestlöhne und Reduzierung des Niedriglohnssektors und deutlich höhere Steuern auf sehr hohe Einkünfte und Vermögen. Die aus Steuererhöhungen erzielten Mehreinnahmen sollen vor allem zur Bekämpfung der Armut und für mehr Bildungsgerechtigkeit eingesetzt werden.

Die Chancengerechtigkeit bezieht sich darauf, welche Chancen Menschen auf einen fairen Zugang zu gesellschaftlichen Gütern und Positionen haben. Im Bereich der Bildung wird Deutschland (und hier in besonderem Maße Baden-Württemberg) regelmäßig in Bildungsstudien bescheinigt, dass der Zusammenhang von Bildungserfolg und Herkunft so hoch wie in keinem anderen Industrieland ist. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Eine Ursache dürfte sein, dass im deutschen System von den Schulen nach wie vor zu viele Aufgaben an die Eltern delegiert werden. Auch die Finanzen des Elternhauses spielen eine Rolle: In keinem anderen Industrieland wird in so hohem Maße bezahlter Nachhilfeunterricht erteilt wie in Deutschland. Zwar kann für sehr arme Familien inzwischen über das Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) Nachhilfeunterricht finanziert werden, die meisten Berechtigten stellen die entsprechenden sehr umfangreichen Anträge jedoch nicht.

Für eine gerechtere Gesellschaft gibt es also wirklich sehr viel zu tun, und hier sind noch lange nicht alle Themen angesprochen. Die SPD hat sich mit Kanzlerkandidat Martin Schulz das Thema Gerechtigkeit wieder als Hauptthema auf die Fahne geschrieben. "Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier." (Mahatma Gandhi)

SPD Ortsverein Tamm

Redaktion: Sonja Hanselmann-Jüttner, Gerhard Jüttner, Harald Konnerth, Maya Stockmeier, Thomas Utz, Karin Waldmann

V.i.S.d.P.: Gerhard Jüttner, Schorndorfer Weg 36, 71732 Tamm

Internet: www.spd-tamm.de, www.facebook.com/spdtamm/

E-Mail: vorstand@spd-tamm.de

TAMM

SPD

Verbesserungen im Nahverkehr contra Feinstaub

Neben der unbefriedigenden Situation um die vielen Verspätungen und Zugausfälle bei der S-Bahn liegt auch beim innerörtlichen Busverkehr einiges im Argen.

Wenn man beispielsweise von der Hohenstange aus sonntags zum Tammer Bahnhof fahren möchte, sind im Fahrplan nur vier Verbindungen angegeben. Auch wochentags fahren die Busse vom Bahnhof in Richtung Hohenstange nicht regelmäßig im Anschluss an die S-Bahn-Ankünfte. Nur zur Hauptverkehrszeit hat man halbstündlich einen Anschluss, ansonsten nur stündlich.

Der alte Ortskern ist mit der Stilllegung der Haltestelle Rotwiesenstraße völlig vom öffentlichen Nahverkehr abgehängt. Hier fahren nur noch die Schulbusse zur Realschule.

Gerade für ältere Mitbürger, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, wäre z. B. eine Busverbin-

Ist es nicht sinnvoll, in Zeiten von Feinstaubalarm den Straßenverkehr durch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs zu entlasten?

Auch bei den Preisen könnten Anreize geschaffen werden. So gilt in Marbach das Kurzstreckenticket für 1,30 Euro im ganzen Stadtgebiet. Eine innerörtliche Fahrkarte kostet in Tamm jedoch 2,30 Euro.

Das vor drei Jahren beim 7. Weltkongress der „Cities for Mobility“ vorgelegte Konzept gilt heute mehr denn je: Ein Maßnahmenbündel aus Verkehrsvermeidung durch gute Nahversorgung über die Stärkung von Radverkehr und Fußgängern, die Förderung des ÖPNV durch attraktive und günstige Angebote bis hin zu Elektromobilität und Carsharing ist anzugehen. Auch eine verstärkte Nutzung des Bürgerbusses könnte in Tamm eine Ergänzung darstellen.

Haushaltssanierung auf Kosten von Familien mit Kindern? Nicht mit uns!

Sie haben es sicher schon mitbekommen: Die Haushaltssituation der Gemeinde Tamm ist sehr schwierig; deshalb wurden rückwirkend zum 01.01.2017 die Hebesätze der Gemeinde für Grund- und Gewerbesteuer erhöht. Das ist sicher ein schmerzlicher Schritt, werden dadurch alle Bürger von Tamm belastet — allerdings blieb dem Gemeinderat keine andere Wahl, um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Weitere Maßnahmen sowohl auf Ausgaben- als auch Einnahmenseite müssen jedoch noch folgen.



Wie kam es zu dieser Situation? Dank der Gewerbesteuereinnahmen von PORSCHE hat die Gemeinde einige sehr gute Jahre gehabt. Natürlich gewöhnt man sich gerne an gute Einnahmen und ist auch leichter bereit, die eine oder andere Ausgabe zu tätigen, die man sonst nicht oder zumindest nicht in dieser Höhe getätigt hätte. Durch die Integration von PORSCHE in den VW-Konzern fließen nun aber weitaus geringere Gewerbesteuereinnahmen aus dieser Quelle, weil der VW-Konzern insgesamt einen deutlich kleineren Gewinn pro Mitarbeiter aufweist als PORSCHE und so auch der auf Tamm entfallende Ge-

winnanteil deutlich geringer ist.

Wie geht es nun weiter? Außer der Erhöhung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer hat der Gemeinderat auch die Einsetzung einer Haushaltskommission von Verwaltung und je einem Vertreter der fünf Gemeinderatsfraktionen beschlossen. Dort soll bis zum Herbst ein Maßnahmenpaket geschnürt werden zur weiteren Verbesserung der Einnahmen- und Ausgabensituation.

Zwar ist es so, dass insbesondere die laufenden Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Dank der Tatsache, dass die Rücklagen der Gemeinde derzeit noch etwa 20 Millionen Euro betragen, gibt es zum Glück zeitlich noch etwas Luft.

Dabei ist es natürlich nicht so, dass die Diskussionen über mögliche Verbesserungen der Haushaltssituation erst jetzt beginnen, vielmehr wird von Verwaltung und Gemeinderat diese Thematik bereits seit Monaten diskutiert. Die Hebesatzerhöhung ist jetzt nur die erste Maßnahme – und zugleich die Maßnahme mit der höchsten Wirksamkeit auf der Einnahmenseite.

Schaut man sich einmal die Ausgabenseite an, so fällt insbesondere die starke Zunahme der Personalausgaben in den letzten zehn Jahren auf. Bedingt ist dies hauptsächlich durch den Ausbau der Kinderbetreuung für unter 3-jährige und an den Grundschulen. Da Tamm bei der Betreuung teilweise mehr Personal bereitstellt als die empfohlene Mindestausstattung, ist eine Überlegung die Personalstärke in den Kindergärten zu reduzieren. Welche Auswirkungen dies auf die Qualität der Kiga-Betreuung hat und in welchem Ausmaß eine Absenkung derselben akzeptabel ist, muss noch genauer betrachtet werden. Schließlich sind unsere Kinder unsere Zukunft!

Natürlich gibt es auch Personal in anderen

Bereichen der Gemeinde als in den Kindergärten; auch hier ist zu prüfen, inwiefern Reduzierungen möglich sind. Allerdings wird auch in anderen Bereichen eine Absenkung der von der Gemeinde erbrachten Leistungen nicht zu vermeiden sein.

Ein relativ großer Posten im Haushalt ist der jährliche Abmangel des Bürgersaals von jährlich über einer halben Million Euro; nachdem wir diesen nun einmal haben, sollte zumindest durch eine bessere Belegung das Defizit reduziert werden.

Seit über zehn Jahren wurden die Friedhofsgebühren nicht mehr angepasst. Deshalb hat sich auch hier der Abmangel langsam, aber stetig erhöht. Eine Erhöhung der Friedhofsgebühren ist angesichts der Haushaltslage der Gemeinde angebracht; immerhin müssen diese Gebühren vom Bürger nur einmalig aufgewendet werden.

Ganz anders ist dies bei den Kinderbetreuungsgebühren: Diese wurden bereits in der Vergangenheit jährlich erhöht und müssen von den Familien monatlich aufgebracht werden. Obwohl die Gebühren nur zu 11,4 % den Betreuungsaufwand decken, erreichen sie mit monatlich 428 Euro in der Spitze schon beträchtliche Höhen. Dazu müssen diese Familien ja ebenfalls die nun erhöhten Grundsteuern entrichten.

Einen Deckungsgrad in Höhe von 20 % durch Gebührenerhöhungen anzustreben, wie dies manche Kräfte im Gemeinderat anstreben, würde selbst bei reduziertem Personalaufwand nichts anderes als die Einführung von Abschreckungsgebühren bedeuten. Kinderbetreuung ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinde und in der heutigen gesellschaftlichen Situation mit einer zunehmenden Anzahl an Alleinerziehenden und berufstätigen Eltern unabdingbar. Dass sich eine Gemeinde dieser Aufgabe teilweise durch Abschreckungsgebühren entziehen könnte, ist für uns undenkbar. Eine Haushaltssanierung ausgerechnet auf dem Rücken von Familien mit Kindern lehnt die SPD grundsätzlich ab.

Einkaufszentrum Hohenstange - (K)ein Ort mit Aufenthaltsqualität

Durch die Ausweisung neuer Baugebiete auf der Hohenstange wird die Bevölkerungszahl in diesem Gebiet die nächsten

Jahre wachsen. Dies würde zunächst durch die Aufstellung von Bänken und einem Spielgerät für Kinder erreicht werden.

Jahre wachsen. Dabei wird leider nicht daran gedacht, dass die Bürger eines Ortsteils auch Begegnungsstätten brauchen, die zur Identifikation mit dem Ort bzw. Ortsteil führen.



Die leerstehenden Geschäftsräume in der Heilbronner Straße können als Bürgertreffpunkt z. B. für Senioren und als Raum für Veranstaltungen für Kultur sowie sonstige Aktionen eingerichtet werden.

Die Tatsache, dass Tamm über einen S-Bahn Anschluss verfügt, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sowie ein breites Vereinsangebot bietet, genügt nicht, den Zusammenhalt und das Miteinander der Bürger zu fördern.

Durch den Rückgang des Sortiments im EKZ hat sich der Ortsteil Hohenstange zurückentwickelt. Durch die Erweiterung der Grundschule Hohenstange fiel auch die kleine Fläche mit Bouleplatz vor der Sporthalle ersatzlos weg.

Dazu gehört auch, dass um das EKZ am Wasserturm für dieses Quartier ein Ort der Begegnung mit Aufenthaltsqualität

Durch die angeführten Maßnahmen kann erreicht werden, dass die Bewohner der Hohenstange in ihrem Ortsteil wohlfühlen.

Rechtspopulismus — Hoffnung oder Sackgasse?

Die FPÖ in Österreich, LePen in Frankreich, Orban in Ungarn, Wilders in den Niederlanden, der Brexit in Großbritannien, die PIS in Polen, Erdogan in der Türkei und nun auch die USA mit Donald Trump — scheinbar unaufhaltsam breitet sich der rechte Populismus aus.

zur Altersversorgung der Landtagsabgeordneten nach massiven Protesten innerhalb weniger Tage zurückgenommen und dies als Fehler eingestanden. Der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz spricht eine Sprache, die jeder versteht, und kein abgehobenes Politiker-Kauderwelsch.

Dass dies so ist, liegt zweifellos daran, dass viele Menschen mit der bisherigen Politik unzufrieden sind. Es wird höchste Zeit, dass dies die ‚etablierte‘ Politik ernst nimmt. Erste Anzeichen hierfür gibt es bereits: Der Landtag von Baden-Württemberg etwa hat eine verunglückte Neuregelung

Allerdings sind auch alle Bürger in einer Demokratie gefragt. Politik ist kein reiner Dienstleistungsbetrieb, wo Bürger ihre Wünsche deponieren können und sie dann erfüllt werden. Das Kreuz auf dem Stimmzettel alle vier Jahre reicht nicht aus. Wichtig ist vielmehr, dass möglichst viele ‚einfache‘ Bürger

das Gespräch mit unseren Abgeordneten suchen. Auch das Engagement möglichst vieler in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt-, Natur- und Tierschutz oder anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen ist wichtig für eine funktionierende Demokratie. Demokratie funktioniert nicht im heimischen Sessel, Demokratie ist eine Mitmach-Veranstaltung!

Einfacher scheint es da zu sein, den Versprechungen von Populisten zu glauben. Und ‚populistisch‘ hört sich ja fast wie ‚populär‘, also beliebt an. Was soll also falsch daran sein? Populär steht laut Duden für „beim Volk, bei der großen Masse, bei sehr vielen bekannt und beliebt; volkstümlich; beim Volk, bei der Masse Anklang, Beifall und Zustimmung findend oder gemeinverständlich, volksnah“. Für ‚Populismus‘ findet man dagegen im Duden folgende Definition: „Von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen.“

Ein Merkmal des Populismus ist der problematische Umgang mit Fakten, es werden nämlich nur zur eigenen Ansicht passende zur Kenntnis genommen oder gar ‚alternative‘ Fakten erfunden. Für schwierige Fragen werden einfache Lösungen angeboten, die ‚Eliten‘ werden verachtet und ein hohes Maß an Intoleranz gegenüber anderen Meinungen gehört zum Populismus. Vaterlandsverräter, Volksfeind oder ähnliche Beleidigungen sind nicht selten. Respektvoll ist so etwas nicht.

Rechter Populismus, wie derzeit besonders erfolgreich, paart sich in der Regel mit Nationalismus: ‚Britain first‘, ‚America first‘. Wenn allerdings jedes Land so agiert, sind die nächsten Kriege nicht weit: Der Nationalismus hat Deutschland und Europa bereits in den ersten und den zweiten Weltkrieg geführt. Auch der Bal-

krieg oder der Ukraine-Konflikt wurden von Nationalisten auf beiden Seiten angezettelt.

Dagegen haben wir durch die EU seit über 70 Jahren Frieden innerhalb der europäischen Union - eine echte Erfolgsgeschichte. Natürlich ist auch viel berechtigte Kritik an diesem Europa angesagt. Die meisten Probleme resultieren aber nicht, weil ‚die da oben‘ in Brüssel über die Nationalstaaten hinweg regieren, sondern vielmehr weil diese oft ihre Einzelinteressen über die Interessen einer funktionierenden Gemeinschaft stellen. Und auch in Europa gilt: Gemeinsame Lösungen sind manchmal anstrengend, aber eben auch möglich.

Konfrontation dagegen bringt keine Lösungen, sondern verschärft nur die tatsächlichen Probleme. Darunter leiden letztendlich alle Menschen — hier und in unseren Nachbarländern.

**„Mir Tamr send onsr Zeid hald emmr weid voraus.“
„Warom au dees?“**



**„Ha, em Sebdebr veraschdald
mr Weihnachtsmarkd ond em März
Oggdobrfesch.“**